

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Jahreswirtschaftsbericht -
Erdgasvertrag - Öffentlicher Dienst - DDR - USA**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1981) : Kurz kommentiert: Jahreswirtschaftsbericht - Erdgasvertrag - Öffentlicher Dienst - DDR - USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 2, pp. 57-58

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135524>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Jahreswirtschaftsbericht

Zwischen Hoffen und Bangen

Jetzt hat auch die Bundesregierung Abstriche bei ihren Wachstumserwartungen machen müssen: im Jahreswirtschaftsbericht rechnet sie nunmehr im Jahresdurchschnitt bestenfalls mit einer Stagnation des realen Bruttosozialprodukts. Sie geht aber nach wie vor davon aus, daß ein tiefgreifender Konjunkturreinbruch vermieden werden kann und daß es im Laufe dieses Jahres wieder zu einer leichten Erholung kommt. Begründet wird dies nicht zuletzt mit einer immer noch recht „robusten“ Investitionsneigung.

In der Tat gibt es gute Gründe dafür, daß die Investitionstätigkeit derzeit im Gegensatz zu 1974/75 relativ gemäßigt auf die rezessiven Tendenzen reagiert. So wurden im vorausgegangenen Aufschwung aufgrund der lange Zeit recht gedämpften Investitionsentwicklung kaum Überkapazitäten aufgebaut; dies verringert jetzt die Gefahr eines „kapazitätsbedingten“ Investitionsattentismus. Auch zog die neuerliche Ölpreisexplosion bisher keine spürbare Verschärfung des Verteilungskampfes und eine daraus resultierende zusätzliche Gewinnkompression in den Unternehmen nach sich. Schließlich erfordern der Zwang zum Energiesparen sowie ein verschärfter internationaler Wettbewerb verstärkte Rationalisierungsanstrengungen.

Bei alledem sollten aber nicht die Risiken übersehen werden. Mit zunehmender Dauer des Abschwungs wächst die Gefahr, daß die bisher noch weitgehend auf eine „Delle“ eingestellten Konjunkturerwartungen sich drastisch verschlechtern. Auch sollten die von den hohen Zinsen ausgehenden Bremswirkungen nicht unterschätzt werden. In dieser labilen Situation kommt der anstehenden Lohnrunde erhebliche Bedeutung zu. Fallen die Lohnabschlüsse nennenswert höher aus als von den Unternehmen erwartet, so könnte dies das „Tröpfchen“ sein, das die Investitionsneigung umschlagen läßt.

ew

Erdgasvertrag

Einseitige Abhängigkeit?

Seit sich eine Einigung im Erdgasgeschäft mit der Sowjetunion abzeichnet, mehren sich Stimmen, die vor einer einseitigen Importabhängigkeit warnen. Schon jetzt wird die Erdgasversorgung der Bundesrepublik zu

17 % aus sowjetischen Lieferungen bestritten. Nach dem Zustandekommen des neuen Vertrags wird dieser Anteil Mitte der 80er Jahre bis auf 30 % ansteigen.

Für sich genommen mag die Tatsache, daß ein Land fast ein Drittel eines Energieträgers liefert, beunruhigen. Bei näherer Betrachtung relativiert sich dieser Eindruck allerdings. Erdgas ist heute mit einem Sechstel am Verbrauch von Primärenergie beteiligt. Dies wird sich auch in Zukunft nicht wesentlich ändern. Die Sowjetunion könnte demnach 5 % der deutschen Energieversorgung „kontrollieren“. Dieser Grad der Abhängigkeit entspricht etwa dem Anteil, den Libyen als zweitwichtigster Öllieferant im vergangenen Jahr am Primärenergieangebot hatte. Ein Totalausfall des sowjetischen Gases hätte daher zwar unangenehme Folgen, wäre aber kaum eine ernsthafte Bedrohung für die Energieversorgung.

Mit der hohen Importabhängigkeit bei Energierohstoffen und den damit verbundenen Risiken wird die Bundesrepublik noch lange Zeit leben müssen. Die Warnung vor der Marktmacht von Großlieferanten ist zwar grundsätzlich berechtigt, jedoch wenig hilfreich, wenn sie keine Alternativen aufzeigt. Die Wahlmöglichkeiten sind begrenzt. Auf mittlere Sicht könnte sowjetisches Gas z. B. durch arabisches Öl ersetzt werden, aber eine derartige Lösung verträgt sich nicht mit einer Politik „weg vom Öl“. Da für eine gleichmäßigere Verteilung der Abhängigkeiten nur wenig Raum ist, hilft auf längere Sicht am sichersten die Verfolgung einer konsequenten Energiesparpolitik. Bis sie Erfolg hat, bleibt lediglich die Hoffnung, daß geschlossene Verträge auch erfüllt werden.

ma

Öffentlicher Dienst

Sonderopfer gegen Arbeitslosigkeit?

Alle Beschäftigten des öffentlichen und halböffentlichen Dienstes sowie der Kirchen, deren Bruttojahresgehalt 50 000 DM übersteigt, sollten auf die diesjährige Lohnerhöhung verzichten – so der Vorschlag des Berliner Sozialwissenschaftlers Prof. Grottian. Die Ersparnis betrage bei einem 5 %igen Lohnanstieg rund 1,5 Mrd. DM. Leistet die Bundesanstalt für Arbeit zusätzlich einen einmaligen Zuschuß von 25 000 DM je Wiederbeschäftigten, das ist die Summe, die sie sonst für einen Arbeitslosen pro Jahr bezahlen würde, so ließen sich nach Grottians Berechnungen 60 000 neue Stellen im Bereich der sozialen Dienste, der Weiterbildung und des Umwelt- und Landschaftsschutzes finanzieren.

Angesichts des rapiden Anstiegs der Arbeitslosenzahlen erscheint dieser Vorschlag zunächst bestehend, zumal Stellen in Bereichen geschaffen werden sollen, in denen ein dringender Bedarf besteht. Allerdings stellt sich die Frage, ob einer Gruppe in nur einem, wenn auch geschützten Sektor die Senkung des Realeinkommens und damit ein Sonderopfer zuzumuten ist, um Aufgaben zu finanzieren, die eigentlich Sache der Allgemeinheit sind. Würde man andererseits alle Beschäftigten oberhalb einer bestimmten Einkommensgrenze in die Finanzierung einbeziehen, so käme dies einer Sondersteuer für höhere Einkommen gleich, wie sie – aus anderem Anlaß – Anfang der siebziger Jahre ohne entsprechenden Erfolg bereits praktiziert wurde. Übrig bliebe letztlich die Überlegung einer Arbeitsmarktabgabe für den gesamten Personenkreis, der bisher keine finanzielle Unterstützung der Bundesanstalt für Arbeit leistet, obwohl deren Ausgaben zu einem hohen Prozentsatz – Schätzungen gehen von rund der Hälfte aus – versicherungsfremde und der gesamten Volkswirtschaft zugute kommende Leistungen betreffen. Warum dann aber eine Finanzierung über Abgaben von verschiedenen Beschäftigtenkreisen und nicht – sicherlich auch sozial gerechter – über die Lohn- und Einkommensteuer? dw

DDR

Respektables Ergebnis für 1980

Nachdem die Zuwachsraten zentraler Indikatoren der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in den zurückliegenden Jahren leicht abgenommen hatten, ist es der DDR nun im Abschlußjahr des V. Fünfjahrplans (1976-80) gelungen, den Wachstumsverlauf – wenn auch auf einem gegenüber ursprünglichen Vorstellungen niedrigeren Niveau – zu stabilisieren. Allerdings wurden wiederum einige Wirtschaftsziele, wenn auch knapp, verfehlt.

Angesichts der außenwirtschaftlichen Belastungen ist die Steigerung des produzierten Nationaleinkommens um 4,2 % gegenüber 1979 sicherlich ein respektables Ergebnis. Ähnlich vorzeigbar wie das gesamtwirtschaftliche Wachstum ist das der industriellen Warenproduktion (4,7 %). Die Strategie der Exportförderung bei gleichzeitig starker Drosselung der Investitionen (2 %) wurde 1980 „erfolgreich“ verfolgt. Sie hat aber Konsequenzen für die inländische Güterbereitstellung, so daß negative Auswirkungen auf das binnenländische Wachstum mittelfristig nicht mehr auszuschließen sind. Diese dürften dann zeitversetzt auch

zu Schwierigkeiten bei der Ausweitung des DDR-Exportangebots führen.

Der Wirtschaftsführung ist eine deutliche Drosselung der Erhöhung der Nettogeldeinnahmen (2,8 %) gelungen; der Einzelhandelsumsatz weitete sich aber um nominal 4,3 % aus. Es hat damit nach 1978 und 1979 wiederum eine Strukturverschiebung zugunsten der Konsumgüter und zu Lasten investiver Bereiche stattgefunden. Auch 1980 ist die Parteiführung konsequent ihrem 1973 verabschiedeten Wohnungsbauprogramm gefolgt. Durch Neubau und Modernisierung wurden mehr als 170 000 Wohnungen geschaffen; dies ist das bisher beste Jahresergebnis der DDR. pl

USA

Marktpreise für Öl

Ende Januar sind die letzten Preiskontrollen für Erdöl und Erdölprodukte in den USA aufgehoben worden. Nach eigener Einschätzung hat der neue US-Präsident damit schon eine Woche nach Amtsantritt „einen positiven ersten Schritt hin zu einem ausgewogenen Energieprogramm“ getan, das die Energieeinsparung und die heimische Produktion von Energie fördern soll.

Kritiker befürchten, daß mit der Freigabe der Preise die Inflation gefördert und die Gewinne der großen Ölkonzerne erhöht werden. Sie weisen darauf hin, daß Exploration und Förderung von heimischem Öl schon jetzt auf vollen Touren laufen, so daß es eines zusätzlichen Anreizes nicht bedurft hätte. Diese Einschätzung ist sicherlich richtig, doch sollte man nicht vergessen, daß es Preiskontrollen nur noch für etwa 25 % der heimischen Produktion gab und der Präsident lediglich eine Maßnahme vorgezogen hat, die ohnehin im Herbst fällig gewesen wäre.

Als entscheidender positiver Effekt der Preisfreigabe ist ihre dämpfende Wirkung auf den Energieverbrauch anzusehen. Nicht zuletzt aufgrund lange niedrig gehaltener Preise haben die USA den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an Mineralöl in der Welt. Mit der schmerzlichen Anpassung an die höheren Weltmarktpreise holen die Amerikaner jetzt nach, was die Verbraucher in anderen Ländern schon seit Jahren erfahren mußten. Für die Lage auf dem internationalen Ölmarkt kann die Entscheidung nur von Vorteil sein, weil die Chance besteht, daß der Importbedarf des größten Nachfragers weiter zurückgeht und so ein Beitrag zur Preisberuhigung auf dem Weltmarkt geleistet wird. km